

## **Entschließungsantrag** **der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.**

### **zur Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung zur Friedensvereinbarung in Bosnien**

Der Bundestag wolle beschließen:

**I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:**

Das Ergebnis der Friedensverhandlungen in Dayton bietet die Chance eines Friedens in Bosnien-Herzegowina und der Rückkehr der Vertriebenen und Flüchtlinge. Der Wiederaufbau des zerstörten Landes und ein friedliches Zusammenleben der Menschen werden jedoch eines längeren Prozesses und der Hilfe von außen bedürfen. Nicht zuletzt die europäischen Nachbarn sind hier gefordert, diesen Prozeß mit allen Kräften zu unterstützen. Dazu gehört das Bewußtsein der Risiken eines Scheiterns des Friedensprozesses und der Gefahr neuerlicher gewaltsamer Auseinandersetzungen.

Deutschland hat sich seiner Verantwortung für den Frieden in der Region gestellt. Neben dem etwa dreißigprozentigen Anteil an den EU-Leistungen von 1993 bis 1995 und der bilateralen technischen Hilfe in Bosnien-Herzegowina hat es mehr als 400 000 Flüchtlinge aus den Bürgerkriegsgebieten des ehemaligen Jugoslawien aufgenommen und dafür Leistungen in Milliardenhöhe erbracht.

Das Friedensabkommen von Dayton bietet eine Grundlage für die Rückführung der Bürgerkriegsflüchtlinge. Die Flüchtlinge wurden aus humanitären Gründen aufgenommen; sie sollten vor dem Bürgerkrieg geschützt werden, so lange dieser andauerte. Eine baldige Rückkehr liegt im Interesse der Betroffenen, im Interesse unserer Bürger, insbesondere aber auch im Interesse des Wiederaufbaus der Region.

Die Bürgerkriegsparteien sind verpflichtet, die Voraussetzungen für eine baldige und sichere Rückkehr der Vertriebenen und Flüchtlinge zu schaffen. Die UN-Hochkommissarin für Flüchtlingsfragen hat ein Konzept für die Rückführung vorgelegt, weil die Stabilisierung des Friedensprozesses in Bosnien-Herzegowina nicht dadurch gefährdet werden darf. Bei der Rückkehr der Flüchtlinge soll auf diejenigen Rücksicht genommen werden, die innerhalb der Kriegsgebiete im ehemaligen Jugoslawien unter unzureichenden und teilweise menschenunwürdigen Umständen untergebracht sind.

**II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,**

1. darauf hinzuwirken, daß die Parteien des Friedensabkommens von Dayton die Grundlage für eine baldige und sichere Rückkehr der Vertriebenen und Flüchtlinge schaffen,
2. darauf hinzuwirken, daß die internationale Hilfe beim Wiederaufbau den Bedürfnissen der Vertriebenen und Flüchtlinge besondere Beachtung schenkt,
3. rechtzeitig einen Stufenplan für die Rückkehr der in Deutschland lebenden Flüchtlinge und Vertriebenen aus dem ehemaligen Jugoslawien zu entwickeln, um dadurch deren Rückkehrwilligkeit und ihre Reintegration in den Heimatländern zu fördern und zu erleichtern,
4. die Voraussetzungen für die Teilnahme der in Deutschland lebenden bosnischen Flüchtlinge und Vertriebenen an den Wahlen in Bosnien-Herzegowina zu schaffen.

Bonn, den 5. Dezember 1995

**Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion**  
**Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion**